

## Wir sind nicht Charlie: differenzierte Reaktionen von Muslimen auf die Anschläge von Paris und die Gefahr kollektiver Schuldzuweisungen

Grimm, Jannis

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grimm, J. (2015). *Wir sind nicht Charlie: differenzierte Reaktionen von Muslimen auf die Anschläge von Paris und die Gefahr kollektiver Schuldzuweisungen*. (SWP-Aktuell, 15/2015). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-424521>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## #Wir sind nicht Charlie

Differenzierte Reaktionen von Muslimen auf die Anschläge von Paris  
und die Gefahr kollektiver Schuldzuweisungen

Jannis Grimm

Nach den Pariser Anschlägen von Januar 2015 fand eine beeindruckende Solidarisierung von Muslimen weltweit mit den Opfern statt. Dies verwunderte umso mehr, als unter den Opfern auch Zeichner des Satiremagazins »Charlie Hebdo« waren, deren Mohammed-Karikaturen in den Jahren zuvor massive Proteste in islamisch geprägten Staaten ausgelöst hatten. Stärker als die Solidaritätsbekundungen wurden in der europäischen Öffentlichkeit jedoch die Proteste gegen die neue Ausgabe des Satireblatts registriert. Diese selektive Wahrnehmung ist auch durch eine konstante Erwartungshaltung europäischer Gesellschaften gegenüber Muslimen zu erklären, sich von Gewaltakten zu distanzieren, die im Namen des Islams verübt werden. Diese Forderung stärkt negative Assoziationen des Islams mit Terrorismus und Gewalt und nährt Angstreflexe und antiislamische Ressentiments, die dazu beitragen, dass sich Muslime in Europa zunehmend ausgegrenzt fühlen. Extremisten können dies zur Rekrutierung nutzen. Um dem entgegenzuwirken, sollten Politik und Medien entschieden gegen ein negatives Islambild vorgehen und den Rechtfertigungsdruck gegenüber Muslimen abbauen, der die Spaltung europäischer Gesellschaften befördert.

Wohl selten hat ein islamistischer Terroranschlag eine so eindeutige und schnelle Reaktion von Muslimen innerhalb und außerhalb Europas ausgelöst. Von der Arabischen Liga über die arabischen Journalistenverbände bis hin zu den einflussreichsten religiösen Autoritäten und islamischen Organisationen wurden die Attentate von Paris aufs Schärfste verurteilt. Dabei wurde in der Regel nicht explizit zwischen den Angriffen auf das Satiremagazin und den folgenden Gewalttaten gegen Polizisten und einen jüdischen Supermarkt unterschied-

den. Unter den Stimmen, die sich kritisch äußerten, befanden sich die ägyptische Al-Azhar-Universität, die Internationale Union Muslimischer Gelehrter unter Leitung von Scheich Yusuf al-Qaradawi, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit in Jiddah sowie die obersten islamischen Gelehrtenräte der Arabischen Halbinsel, Südostasiens, Pakistans und des Balkans. Die Staatsoberhäupter oder Außenminister einer Vielzahl muslimisch geprägter Länder (Ägypten, Algerien, Jordanien, Katar, Mali, Palästina, Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigte

*Jannis Grimm ist Forschungsassistent im Projekt »Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt«. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit der arabischen Welt sowie der Robert Bosch Stiftung und kooperiert mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Studienwerk der Heinrich Böll Stiftung sowie dem Institut für Begabtenförderung der Hanns-Seidel-Stiftung.*

SWP-Aktuell 15  
Februar 2015

Arabische Emirate) nahmen an den Gedenkveranstaltungen am 11. Januar in Paris teil. Andere Staaten verurteilten den Terrorakt in öffentlichen Statements und Kondolenzschreiben, unter anderem Bosnien-Herzegowina, Indonesien, Iran, Malaysia und Pakistan.

Auch die Interpretationslinie der westlichen Leitmedien, der Angriff auf »Charlie Hebdo« symbolisiere einen Anschlag auf die Pressefreiheit und damit eines der Fundamente der Demokratie, wurde von den Medien der betreffenden Länder weithin übernommen. Die beiden einflussreichsten panarabischen (und saudisch finanzierten) Tageszeitungen »Al-Sharq al-Awsat« und »Al Hayat« werteten die Attentate als Massaker und alle Versuche, sie zu rechtfertigen, als Terrorismus. »Al-Hayat« sprach von einem Angriff auf das Herz von Paris. Vielfach veröffentlichten Zeitungen ihrerseits Karikaturen, die den moralischen Sieg der Satire über den dschihadistischen Terrorismus erklärten oder den Attentätern die religiöse Legitimität absprachen. Einige nationale Zeitungen thematisierten die Anschläge im Kontext der internationalen Kampagne gegen die Dschihadisten des »Islamischen Staates« (IS), darunter die ägyptischen Blätter »Al-Masry al-Youm« und »Masr al-Arabiya«. Die iranische »Doulat-e Bahar« druckte in diesem Zusammenhang sogar eine »Charlie Hebdo«-Karikatur von IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi ab.

Auch die Solidaritätskampagne »Je Suis Charlie«, die nach dem Attentat von den französischen Journalistenvereinigungen ins Leben gerufen worden war, fand Anklang in muslimischen Ländern. Das gilt vor allem für jene Staaten, die enge Beziehungen zu Frankreich haben, wie Algerien, der Libanon, Marokko und die Türkei. Die libanesischen Tageszeitung »Al-Mustaqbal« hob den Slogan auf ihr Titelblatt, ebenso wie die vier größten türkischen Satirezeitungen »Girgir«, »Penguen«, »LeMan« und »Uykusuz«. In Istanbul brachten Demonstranten vor dem französischen Kulturinstitut mit »Je Suis Charlie«-Plakaten ihre Solidarität zum Ausdruck.

## Kritische Zwischentöne

Die gleichnamige Online-Kampagne (#JeSuisCharlie), die in den ersten drei Wochen nach dem Attentat vor allem die Nutzer von Facebook und Twitter mobilisierte, blieb dagegen größtenteils auf den europäischen und anglo-amerikanischen Raum beschränkt. Beiträge aus Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, die sich der einschlägigen Hashtags bedienten, machten in den sozialen Netzwerken weniger als ein Prozent der gesamten Tweetlast aus, die bis Ende Januar fast acht Millionen Kommentare umfasste. Mehr als drei Viertel aller Beiträge stammten dabei aus Frankreich, seinen Nachbarstaaten und den USA. Die Zahl arabisch- und türkischsprachiger Beiträge blieb mit etwas mehr als 100 000 Tweets äußerst gering.

Dies dürfte zum Teil daran liegen, dass die Pariser Anschläge in den arabischen Medienöffentlichkeiten durch dschihadistische Gewalttaten in der eigenen Region überschattet wurden, etwa einen verheerenden Autobombenanschlag, der sich nahezu zeitgleich in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa ereignete. Gleiches gilt für Subsahara-Afrika. Unter dem Slogan »I am Charlie, but I am Baga too« versuchten afrikanische Blogger und Journalisten auf die Boko-Haram-Massaker im Norden Nigerias aufmerksam zu machen, die vom 3. bis 7. Januar Hunderte Menschenleben forderten. Viele beklagten dabei, dass westlichen Opfern von Terroranschlägen grundsätzlich eine deutlich größere mediale Aufmerksamkeit zuteilwerde – unabhängig davon, ob die Attentate in Europa oder in außereuropäischen Ländern stattfänden. Ähnliche Töne schlugen auch eine Reihe palästinensischer Zeitungen an, wie die Hamas-nahe »Felesteen« und die überregionale »Al-Quds al-Arabi«, die beide die Anschläge von Paris nur im Kontext der vielen Vergeltungsaktionen gegen muslimische Einrichtungen in Frankreich thematisierten. Relativiert wurden die Beileidsbekundungen der islamischen Welt überdies durch die Schlagzeilen einiger großer arabi-

scher und iranischer Zeitungen, die der Redaktion von »Charlie Hebdo« und der westlichen Politik gegenüber der islamischen Welt eine Mitschuld an den Anschlägen unterstellten. So titelte die ägyptische »Al-Shorouk«, dass die Serie von Prophetenbeleidigungen des Satiremagazins »in Feuer geendet« habe. »Al-Watan« aus dem Oman argumentierte sinngemäß: Wer Wind säht, wird Sturm ernten.

Erstaunlicherweise rangierten unter den dezidierten Kritikern der Anschläge dagegen eine Reihe von Gruppierungen und Parteien, denen in der Vergangenheit – nicht zuletzt durch »Charlie Hebdo« selbst – gewaltbereiter Extremismus oder eine ideologische Nähe zu dschihadistischen Netzwerken nachgesagt worden war, darunter die ägyptische Muslimbruderschaft, ihre palästinensische Schwesterorganisation Hamas oder die libanesische Hisbollah (die Verurteilungen dieser Organisationen bezogen sich allerdings nicht ausdrücklich auch auf die Opfer in dem jüdischen Supermarkt bzw. erfolgten, bevor es zu der dortigen Geiselnahme kam). Der Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, betonte, die Mörder von Paris hätten den Islam durch ihre Taten noch mehr beleidigt als jene, die Mohammed angegriffen hätten. Unter den Kondolenzserklärungen gab es auch ein Kommuniqué des Präsidenten der tunesischen Ennahda-Partei. Deren Sieg bei den ersten freien Wahlen des Landes im Oktober 2011 war der Anlass für die kontroverse »Charia Hebdo«-Sonderausgabe gewesen. »100 Peitschenhiebe, wenn ihr euch nicht totlacht!«, warnte damals der Prophet Mohammed in einer Karikatur des Zeichners Charb auf der Titelseite. Es folgten ein Brandanschlag auf das Redaktionsgebäude sowie persönliche Morddrohungen. Seither stand die »Charlie Hebdo«-Redaktion unter Polizeischutz. Beim Freitagsgebet in Teheran wurde der jetzige Anschlag ebenfalls scharf verurteilt – wobei jedoch der Hinweis nicht fehlte, dass auch europäische und amerikanische Waffenlieferungen den Aufstieg der Dschihadisten ermöglicht hätten.

Insgesamt standen die Beileidserklärungen aber in scharfem Kontrast zu früheren Äußerungen. So hatte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der ägyptischen Muslimbrüder von Frankreichs Regierung 2012 noch eine strafrechtliche Verfolgung der Mohammed-Karikaturisten gefordert. Die Hisbollah hatte Jahre zuvor gar indirekt zum Mord an Karikaturisten aufgerufen, die den Propheten beleidigten.

Unterstützung erhielten die Attentäter lediglich von Seiten der nigerianischen Gruppe Boko Haram, deren Führer Abubakar Shekau sich »glücklich« über die Ereignisse zeigte, durch den »Islamischen Staat« und durch Ableger von Al-Qaida im Maghreb und von Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (letztere Gruppierung bekannte sich zu dem Anschlag). Auch im Internet blieben Beifallsbekundungen in der Minderheit. Zwar wurden die Anschläge in vielen bei Islamisten und Dschihadisten populären Online- und Print-Medien glorifiziert, darunter »Inspire« (Al-Qaida), »Dhabiq« (IS), »Al-Sumud« (Taliban) oder »Manba al-Dschihad« (Haqqani-Netzwerk). Der Hashtag #JeSuisKouachi, der auf die beiden Attentäter des »Charlie Hebdo«-Anschlags Bezug nahm, erreichte bis Ende Januar 2015 jedoch nur etwa 78 000 Retweets – gegenüber den mehr als 7,5 Millionen Retweets des #JeSuisCharlie-Hashtags.

### **Selektive Wahrnehmung**

Die weltweiten Solidaritätsbekundungen von Muslimen traten in der europäischen Öffentlichkeit jedoch schnell wieder in den Hintergrund. Damit offenbarten sich Parallelen zu früheren Anschlägen, etwa jenen des 11. September 2001 oder dem Attentat auf den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh 2004. Nach diesen Ereignissen ließen die Forderungen, Muslime sollten sich öffentlich vom Terror distanzieren, selbst dann nicht nach, als sich die größten islamischen Institutionen gegen die Täter positioniert und Zehntausende Muslime in Europa gegen Gewalt demonstriert hatten. Nach den Anschlägen von Paris wiederum

wurden in den europäischen Medienökonomien die weltweiten Verurteilungen durch muslimische Akteure schon nach kurzer Zeit von neuen, teils gewalttätigen Protesten in einer Reihe mehrheitlich muslimischer Staaten überschattet (unter anderem Algerien, Jemen, Jordanien, Mali, Niger, Pakistan, Tschetschenien und den palästinensischen Gebieten).

Die Proteste entzündeten sich an der neuen Ausgabe von »Charlie Hebdo«, die in der Folgewoche des Massakers mit einer Erstauflage von drei Millionen Exemplaren (gegenüber den üblichen 60 000) erschien, der höchsten Gesamtauflage einer französischen Zeitschrift jemals. Grund für die Entrüstung war das provokante Titelblatt, das einen trauernden Propheten Mohammed mit einem »Je suis Charlie«-Schild in den Händen zeigte. Zwar erreichte die Empörung über die Prophetendarstellung bei weitem nicht die Intensität der Protestwelle, die Anfang 2006 durch die Karikaturen der dänischen Zeitung »Jyllands-Posten« ausgelöst worden war. Auch diesmal jedoch kam es zumindest in Niger und im Gaza-Streifen zu Ausschreitungen gegen christliche bzw. französische Einrichtungen mit mehreren Toten. In Pakistan setzte ein Abgeordneter des Parlaments gar medienwirksam ein privates Kopfgeld auf den Eigentümer von »Charlie Hebdo« aus. Selbst in den syrischen Bürgerkriegsgebieten rief die Veröffentlichung gewalttätige Reaktionen hervor. Dschihadistische Milizen brannten die Redaktionsräume der Rebellenzeitung »Souriyatna« nieder, die der »Je Suis Charlie«-Kampagne eine ganze Seite gewidmet hatte.

Jenseits solcher Extremfälle verurteilten mehrheitlich auch die muslimischen Dachverbände in Deutschland sowie prominente religiöse Institutionen weltweit die Veröffentlichung, darunter die ägyptische Fatwa-Behörde Dar al-Ifta oder der Großmufti von Jerusalem. Regierungen, deren Vertreter wenige Tage zuvor noch am Trauermarsch von Paris teilgenommen hatten (etwa die ägyptische und die türkische), verhinderten nun die Auslieferung von »Charlie Hebdo«

in ihren Ländern. Der oberste Rechtsgelehrte des Iran, Ayatollah Ali Chamenei, bezeichnete die »abfälligen und beleidigenden Bilder« in einem offenen Brief, den er am 21. Januar an die islamische Jugend Europas richtete, als Teil einer konzertierten Kampagne westlicher Nationen gegen den Islam, mit dem Ziel, diesen als neues Feindbild aufzubauen. Die Kairoer Al-Azhar-Universität versuchte dagegen, mäßigend auf Gläubige einzuwirken, und rief dazu auf, die neue »Provokation« zu ignorieren.

Auch wenn der Koran – anders als etwa die Bibel – tatsächlich kein explizites Blasphemie- oder Bilderverbot enthält, wurde der erneute Abdruck einer Mohammed-Karikatur als eine weitere bewusste Missachtung der religiösen Empfindungen von Muslimen wahrgenommen. Überdies stieß die Bildüberschrift der Karikatur »Tout est pardonné« (Alles ist vergeben) bei vielen Muslimen auf Ablehnung, da sie die weltweiten Solidaritätsbekundungen von muslimischer Seite als kollektive Entschuldigung für die dschihadistischen Verbrechen Einzelner zu deuten schien. Wie zuvor in der Karikatur der »Jyllands-Posten«, die den Propheten mit einer Bombe unter dem Turban zeigte, wurde damit der Islam insgesamt mit Terrorismus in Verbindung gebracht.

### **Identifikation mit den Opfern, nicht mit den Inhalten**

Ohnehin sehen sich Muslime in Europa, wie auch in vielen Ländern des arabischen Raumes, seit einigen Jahren unter konstantem Rechtfertigungsdruck. So wird von ihnen regelmäßig erwartet, ein »deutliches Zeichen« gegen Terror und Gewalt zu setzen – eine Forderung, die für viele unverständlich ist angesichts des Umstands, dass Menschen muslimischen Glaubens weltweit den größten Anteil an den Opfern des Dschihadismus ausmachen.

Dieser Rechtfertigungsdruck, der mit jedem islamistischen Terroranschlag erneut auftritt, erschwert Muslimen auch die Integration in den Gesellschaften Europas.

Vor allem der Aufruf, dass Muslime als Muslime ein Zeichen setzen sollen, nicht als Staatsbürger, löst bei vielen Unbehagen aus, da er ihnen eine latente Komplizenschaft unterstellt. Er offenbart nicht zuletzt auch ein exklusives Verständnis von Staatsbürgerschaft, das sich beispielsweise in Deutschland in der Kontroverse um Begriffe wie »christlich-abendländische Tradition« oder »Leitkultur« widerspiegelt, ebenso in der Diskussion um die Frage, ob der Islam nun zu Deutschland gehöre oder nicht. Wenn sich europäische Muslime gegen Terrorismus positionieren sollen, werden sie nicht als gleichberechtigte Bürger der europäischen Gemeinwesen behandelt, sondern als potentiell extremistische Fremdkörper. Von dieser Unterstellung können sie sich erst durch ein öffentliches Bekenntnis freimachen, das allerdings oftmals problembehaftet ist.

So erwies sich die Solidaritätskampagne mit den heroisierten Opfern der »Charlie Hebdo«-Redaktion als Gratwanderung für viele Muslime, die sich mit den Inhalten der Zeitschrift nicht identifizieren wollten. Dies zeigt auch die Verbreitung des #JeSuisCharlie-Hashtags in den sozialen Medien. Unter den 25 Ländern mit den meisten Beiträgen finden sich mit dem Libanon, der Türkei und Indonesien gerade einmal drei mehrheitlich muslimische Länder. Deutlich prominenter vertreten war in der muslimischen Welt dagegen der Hashtag #WholsMuhammad, unter dem Hunderttausende die Friedfertigkeit der Glaubenslehre herausstellten. Europäische Muslime twitterten dagegen vor allem unter dem alternativen Hashtag #JeSuisAhmed (mehr als 290 000 Retweets). Sie lenkten damit die Aufmerksamkeit auf den muslimischen Franzosen Ahmed Merabet, einen der beiden Polizisten, die von den Attentätern der »Charlie Hebdo«-Redaktion ermordet wurden.

Appelle wie jener des amerikanischen Magazins »New Yorker«, »we must all try to be Charlie, not just today but everyday«, wirkten dagegen auf viele Muslime befremdlich, ebenso der unkritische Nach-

druck den Islam diffamierender Karikaturen durch eine Reihe internationaler Leitmedien, die damit ihre Solidarität zum Ausdruck bringen wollten. Nach Ansicht vieler Muslime wurden durch »Charlie Hebdo« unter dem Banner der Presse- und Meinungsfreiheit vorwiegend rassistische Ressentiments genährt und die Grenzen der persönlichen Würde von Muslimen überschritten. Ähnliche Vorwürfe erhebt auch Olivier Cyran, bis 2001 selbst Mitarbeiter von »Charlie Hebdo«, der dem Satireblatt in einem offenen Brief 2013 Rassismus und eine Obsession für die Kränkung von Muslimen vorwarf.

Viele gläubige Muslime – im öffentlichen Diskurs vertreten durch religiöse Gremien wie den Gelehrtenrat der Al-Azhar-Universität oder europäische Islamwissenschaftler wie der Schweizer Tariq Ramadan – machen geltend, dass in der westlichen Medienöffentlichkeit hinsichtlich der Meinungsfreiheit häufig mit zweierlei Maß gemessen werde. Denn entgegen aller Beteuerungen nach den Morden von Paris ist das Recht auf freie Meinungsäußerung auch in Europa nicht uneingeschränkt. In den meisten europäischen Ländern gibt es etwa Gesetze gegen Volksverhetzung, so auch in Frankreich, oder andere Einschränkungen, wie in Deutschland, wo es strafbar ist, den Holocaust zu leugnen. Zudem existieren in einigen europäischen Staaten (Dänemark, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Malta, Polen) ebenso wie in vielen islamischen Ländern Rechtsparagrafen gegen Blasphemie. Zwar offenbaren sich in der Rechtswirklichkeit deutliche Unterschiede bei Strafmaß und Frequenz der Anwendung. Tatsächlich aber wären auch in Deutschland einige der Karikaturen von »Charlie Hebdo« rechtlich umstritten, da die Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen gemäß §166 StGB nach wie vor unter Strafe steht, sofern dadurch der öffentliche Frieden bedroht ist. Allerdings weisen muslimische Verbände darauf hin, dass antiislamischer Rassismus in Europa bislang deutlich weniger ernst genommen

werde als etwa Antisemitismus. Als Beleg für die perzipierte Doppelmoral westlicher Nachrichtenredaktionen hinsichtlich des Umgangs mit dem Gebot der Meinungsfreiheit wird dabei häufig der Fall des früheren »Charlie Hebdo«-Kolumnisten Siné zitiert, dem wegen antisemitischer Äußerungen 2008 gekündigt wurde, während seine Kollegen weiterhin gläubige Muslime auf Korn nehmen durften.

### **Islamfeindlichkeit in Europa**

Vor dem Hintergrund einer deutlichen Zunahme fremdenfeindlicher Proteste in der Bundesrepublik seit Oktober 2014 wächst bei vielen Muslimen – auch außerhalb Europas – die Wahrnehmung, dass Behörden und Politik beim Schutz religiöser oder kultureller Minderheiten äußerst selektiv vorgehen. Mit Blick auf die islamfeindlichen Thesen der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) und ihrer Nachahmer kritisierte Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, dass antimuslimischer Rassismus in Deutschland zunehmend salonfähig werde. Dieser werde durch politische Entscheidungsträger relativiert oder explizit mit Verweis auf die Meinungsfreiheit geduldet. So entsteht der Eindruck, dass Letztere immer dann als besonders schützenswertes Gut erachtet wird, wenn dadurch Meinungsmache gegen den Islam gedeckt wird. Die Nordafrika-Reise von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Januar 2015 zeigte, dass mittlerweile auch außerhalb Europas eine zunehmende Stigmatisierung von Muslimen insgesamt wahrgenommen wird. So äußerten seine Gastgeber in den Maghreb-Staaten nicht nur die Absicht, im Kampf gegen islamistischen Terror stärker den Schulterschluss mit den deutschen Behörden zu suchen. Gleichzeitig bekundeten sie auch ihre Besorgnis über die Zunahme ausländerfeindlicher und antiislamischer Kundgebungen in Deutschland.

In dem Vorwurf der Doppelmoral schwingt auch die Angst vieler europäi-

scher Muslime mit, ungeachtet ihrer Distanzierung von Gewalt und Extremismus letztlich Opfer zunehmender Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie zu werden. Angesichts von Berichten über die deutliche Zunahme von Vandalismus und Brandanschlägen auf Moscheen, muslimische Gemeindezentren und Privatpersonen scheint diese Sorge keineswegs unbegründet. So verzeichnete das Observatoire National Contre l'Islamophobie in den zwei Wochen nach den Anschlägen von Paris annähernd 130 gezielte Einschüchterungsversuche und Übergriffe gegen Muslime in Frankreich – etwa so viele wie im ganzen Jahr 2014. Darüber hinaus instrumentalisierten rechtspopulistische Strömungen die Pariser Anschläge zur Mobilisierung. In Frankreich erklärte die Chefin des rechten Front National, Marine Le Pen, das Land befinde sich ab sofort im Kriegszustand mit dem islamischen Fundamentalismus, und verband dies mit der Forderung, für Terroristen wieder die Todesstrafe einzuführen. In Deutschland sah der stellvertretende Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, in dem Anschlag eine Bestätigung dafür, dass das PEGIDA-Bündnis zu Recht vor der islamistischen Bedrohung warne.

Letztlich ist PEGIDA indes nur das sichtbarste Anzeichen dafür, dass antiislamische Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit längst keine Randphänomene mehr sind. Dies zeigen sowohl die Studien des Soziologen Wilhelm Heitmeyer zu »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« als auch der »Religionsmonitor« der Bertelsmann-Stiftung. Demnach gibt es bei den etwa vier Millionen Muslimen in Deutschland eine tolerante und freiheitlich-demokratische Grundhaltung sowie eine hohe Verbundenheit mit Staat und Gesellschaft. Dem steht jedoch eine zunehmend ablehnende Mehrheitsgesellschaft gegenüber. Einer Sonderauswertung des »Religionsmonitors« zufolge, die einen Tag nach den Anschlägen von Paris erschien, nimmt über die Hälfte der Deutschen den Islam als Bedrohung wahr, fast jeder zweite fühlt sich wegen Muslimen »wie ein Fremder im eigenen

Land«. Ein Viertel der Bevölkerung fordert sogar, die Einwanderung von Muslimen zu verbieten. Dabei unterscheiden die Deutschen kaum zwischen Islam und Islamismus. Für die Verfasser des »Religionsmonitors« zeigt dies, dass in Deutschland das öffentliche Islambild vor allem durch die Gewalttaten einer radikalisierten Minderheit geprägt ist.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass der Islam von der Presse überwiegend im Kontext von Sicherheitsrisiken für die Bundesrepublik thematisiert wird. Vor allem die Medienpräsenz des IS und die intensive innenpolitische Debatte über die Gefährdung der nationalen Sicherheit durch deutsche Kriegsheimkehrer aus Syrien haben in den vergangenen Monaten die Assoziation zwischen dem Islam und Bedrohungsszenarien befördert. Verstärkt werden Letztere durch die zyklisch wiederkehrenden Warnungen der Nachrichtendienste vor einer abstrakten Terrorbedrohung, ebenso durch die wiederholte Eskalation salafistischer Proteste zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Polizisten oder kurdischen Gegendemonstranten. Neben einer Reihe medienwirksamer Aktionen salafistischer Gruppierungen – wie dem Verteilen von Koran-Ausgaben in Fußgängerzonen oder der Belehrung von Passanten durch eine »Scharia-Polizei« – trägt auch die steigende Zahl von Flüchtlingen aus muslimischen Krisenländern zur Furcht vor einer Überfremdung der Gesellschaft bei.

Darüber hinaus beklagen sowohl renommierte Medienwissenschaftler, etwa der Erfurter Professor Kai Hafez oder die Medienpädagogin Sabine Schiffer, wie auch die Deutsche Islamkonferenz (DIK) eine tendenziöse Berichterstattung der deutschen Presse über den Islam, welche diffuse Angstreflexe gegenüber Muslimen bediene. Sie verweisen unter anderem auf die Bildsprache verschiedener Leitmedien, die seit langem von Bedrohungswahrnehmungen dominiert werde. Bereits im März 2007 griff etwa der »Spiegel« unter dem Titel »Mekka Deutschland: Die stille Islamisierung« den Ängsten vor einer Überfremdung vor, die

heute Bewegungen wie PEGIDA Auftrieb verleiht. Der »Focus« provozierte erst kürzlich mit der Abbildung eines Sturmgewehrs auf der Titelseite – als Illustration des Widerspruchs gegen den Satz des deutschen Innenministers, die Anschläge von Paris hätten nichts mit dem Islam zu tun. Ein solch konfliktbelastetes Medienbild, kritisiert Hafez, entfalte eine negative Wirkung auf das Publikum.

Die einseitige Konzentration auf den Islam als Bedrohung könnte letztlich dazu führen, dass das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Minderheiten in Europa nicht mehr offen verhandelt, sondern im Wesentlichen den Behörden der inneren Sicherheit, also Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten, überlassen wird.

### **Die Entfremdung ernst nehmen**

Auch wenn die europäische Antwort nicht in der Zensur islamkritischer Publikationen liegen kann, so bleibt doch diskussionswürdig, ob nicht auch in einer freien Gesellschaft dem Journalismus mehr Verantwortung für seine Wirkung in einem ohnehin schon islamfeindlich aufgeladenen gesellschaftlichen Kontext abverlangt werden sollte. Satire, traditionell ein Mittel, mit dem sich auch politisch Marginalisierte kritisch zu Wort melden konnten, läuft Gefahr, zu negativer Meinungsmache und Hetze zu verkommen, wenn sie auf eben-diese Gruppen zielt.

Im Grunde geht es aber um mehr als nur fehlendes Fingerspitzengefühl für andere Glaubensgemeinschaften. Notwendig wäre gerade der Abbau kollektiver Identitätszuschreibungen, die zu einer Polarisierung westlicher Gesellschaften in eine nichtmuslimische Mehrheit und eine muslimische Minderheit sowie zur Entfremdung zwischen Europa und Ländern des islamischen Kulturraums beitragen. Die gemeinsamen Solidaritätsveranstaltungen von Christen, Muslimen, Juden und Nichtreligiösen nach den Pariser Anschlägen haben gezeigt, dass es einen kollektiven Willen gibt, der Polari-



© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

sierung in Europa entgegenzuwirken. Dieser Zusammenhalt muss dringend auch durch politische Initiativen gestärkt werden, nicht zuletzt, um der Entfremdung von Teilen der muslimischen Gemeinde in Europa von der Mehrheitsgesellschaft entgegenzuwirken – einer Entfremdung, die als Nährboden für extremistische Ideologien wirkt. Denn letztlich liegt ein »Erfolg« der Anschläge auch in der reflexartigen Stigmatisierung von Muslimen in Europa, die für Dschihadisten neue Rekrutierungspotentiale schafft.

Insbesondere Wissenschaft und Politik, aber auch die großen Leitmedien sind vor diesem Hintergrund dazu angehalten, durch größere begriffliche Sorgfalt kollektiven Schuldzuweisungen an Muslime für die Verbrechen von Einzeltätern vorzubeugen. Das ist jedoch nicht einfach. So wohlwollend die Bemühungen politischer Entscheidungsträger um Differenzierung zwischen Muslimen und Islamisten erscheinen, so erweisen sie sich in mehrfacher Hinsicht als kontraproduktiv. Erstens müssen Deutungsversuche westlicher Politiker, was der korrekte Islam sei, fast notgedrungen für Verstimmung bei Muslimen sorgen, die zu Recht die theologische Sachkompetenz der Interpreten in Frage stellen. Zweitens lehnt auch die Mehrheit der islamistischen Bewegungen politische Gewalt ab. Sinnvoller wäre es also, statt auf Islamisten eher auf Dschihadisten oder gewaltbereite Islamisten zu verweisen. Drittens macht der konfessionelle Bezug muslimische Mitbürger zu Angehörigen einer quasi endogamen Ethnie, denn selbst nichtreligiöse Muslime werden so auf ihre Identität als Vertreter des Islams reduziert. Stattdessen sollten Muslime in Europa zuvorderst in ihrer Identität als Staatsbürger wahrgenommen und behandelt werden – die als solche nicht mehr Verantwortung für dschihadistische Gewaltakte tragen als ihre nichtreligiösen, jüdischen oder christlichen Mitbürger.

Gleichzeitig gehen aber auch die Versuche, den religiösen Hintergrund der Anschläge auszublenden, an der Realität vor-

bei. Denn die Attentäter berufen sich auf den Islam als Legitimationsquelle ihrer Taten. Zielführender als eine Debatte darüber, ob in der islamischen Religion selbst ein Gewaltproblem angelegt ist, wäre es jedoch, den Blick auf den sozio-ökonomischen und politischen Kontext zu richten, in dem extremistische Lesarten des Islams Anklang finden. In weiten Teilen der arabischen Welt sind Muslime seit Jahrzehnten autoritärer Unterdrückung ausgesetzt. Der Großteil der betreffenden Staaten rangiert unter den Ländern mit der weltweit geringsten Meinungs- und Pressefreiheit. Wo die Umbrüche des »Arabischen Frühlings« keinen Regimewechsel bewirken konnten, haben sich die staatlichen Repressionen seit 2011 vielerorts noch intensiviert. Nur wenige Tage nachdem die Außenminister Ägyptens und Saudi-Arabiens in Paris für die Meinungsfreiheit marschiert waren, starb in Ägypten eine Aktivistin bei einer Demonstration durch Schrotkugeln und erhielt in Saudi-Arabien ein junger Blogger seine ersten 50 Peitschenhiebe wegen Blasphemie. Um zu verhindern, dass der politische Status quo erneut infrage gestellt wird, gehen vor allem die Autokraten in Ägypten und den arabischen Golfstaaten zunehmend härter gegen Opposition vor, statt diese in den politischen Prozess einzubinden. Paradoxerweise bereiten sie gerade damit einen fruchtbaren Nährboden für Extremismus, der insbesondere dort Raum greift, wo die zentralstaatliche Kontrolle zusammenbricht und Gewaltkonflikte das Bild prägen. Syrien, Libyen, Irak und Jemen liefen hierfür markante Beispiele.

Vor diesem Hintergrund sollte es letztlich im eigenen Interesse deutscher und europäischer Regierungspolitik liegen, nicht nur nach innen ebenso entschieden gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit vorzugehen wie gegen Antisemitismus, sondern auch gegenüber Partnern in der Region entschlossener für Inklusion und die Wahrung der Menschenrechte einzutreten – auch jener von Bürgern mit islamistischem Profil.